



14.01.2016

102. Sitzung (Sondersitzung) des Landtags Nordrhein-Westfalen

TOP 1: Ereignisse in der Silvesternacht in Köln

Seite 1 von 12

Rede Michele Marsching, Vorsitzender der Piratenfraktion im Landtag NRW
(Rede Dietmar Schulz, Rechtspolitischer Sprecher der Piratenfraktion NRW, ab Seite 6)

Es gilt das gesprochene Wort.

[Anrede]

Die Vorkommnisse in Köln waren der extreme Auswuchs eines „sex-rape-mobs“, der durch nichts zu entschuldigen ist und ich möchte zuvorderst meine persönliche Betroffenheit in Richtung aller Frauen richten, die zum Jahreswechsel am Kölner Hauptbahnhof Opfer von Gewalt wurden. Die späte Reaktion der Polizei ist ein Skandal! Ich wünsche Ihnen jede Hilfe, die Sie brauchen und jede Unterstützung, die Ihnen als Opfer zusteht.

Wir alle in diesem Raum tragen die Verantwortung, dass ihnen so etwas passieren konnte. Ja, gerade und auch wir als PIRATEN haben nicht genug politischen Druck aufbauen können, um zu verhindern, dass ihnen so etwas passieren konnte. Wir haben nicht genug Druck aufgebaut, dieses Versagen des Ministers zu verhindern.

Herr Minister Jäger, Ihr Totalversagen erreicht zum dritten Mal diese internationale Tragweite! Ihre Bilanz ist vernichtend!

Auf der Loveparade sterben durch Polizeifehler Menschen, in Burbach werden unter Ihrer Aufsicht Menschen gefoltert und jetzt die sexuellen Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof...

...und wie erklären Sie die aus dem Ruder gelaufenen HoGeSa-Krawalle, die Prügel-Orgie von Garzweiler oder die sexuellen Übergriffe bei der Kölner Polizei-Hundestaffel, bei der Sie auch damals schon geschwiegen haben? Können Sie das überhaupt erklären? Ja klar können Sie das erklären – immer sind die Anderen schuld!

Wer sogar seine eigene Polizei öffentlich an den Pranger stellt - und damit meine ich nicht das „ob“, sondern das „wie“ -, wer die eigenen Leute ans Messer liefert, der klammert sich an den letzten Strohalm!

Herr Minister, inzwischen haben Sie alle Bauern geopfert! – Sie gehören nicht mehr auf diese Ministerbank! Es wird Zeit, dass Sie die Größe haben, selbst die politische Verantwortung zu übernehmen!

Ich fordere Sie hiermit klipp und klar auf: Treten Sie zurück!

Herr Kollege Jäger natürlich wollen Sie nicht zurücktreten, natürlich muss ich auf Ihre Ausreden und Ihre Inszenierung im Innenausschuss eingehen, natürlich muss ich noch mehr sagen, zu den



Themen Täter, Opfer, sekundäre Opfer, zu Ihrem Organisations- und Ihrem Kommunikationsversagen. Die Aufmerksamkeit ist enorm: die ganze Republik redet von sexualisierter Gewalt. Dabei ist dieses Problem bei Weitem nicht neu!

ARD-Tagesschau-Redakteurin Anna-Mareike Krause @mle_krawall

Die „neue Qualität“ an den Übergriffen in Köln besteht vor allem darin, dass den Opfern geglaubt wird. Dass sich junge Männer in einem „sex-rape-mob“ zusammenschließen, um sexualisierte Gewalt zu praktizieren und sich in der Masse zu schützen, ist vielleicht in Deutschland eine bisher unbekannte Praktik. Leider ist es aber nur eine von vielen Praktiken im Kontext sexualisierter Gewalt.

Sexualisierte Gewalt ist in Deutschland seit Jahrzehnten ein Problem, sie ist nicht aus dem Ausland importiert! 25% der Frauen in Deutschland haben Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt aus dem eigenen häuslichen Umfeld und eben nicht von vermeintlich Fremden.

Sie tun aber so, als wäre das alles unglaublich neu, als hätte es den #Aufschrei nicht gegeben.

Sollte ihnen das nicht bekannt sein, kann ihnen das der Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen bestimmt noch einmal erläutern. Dieser weist seit Jahren auf das Problem hin und fordert auch entsprechende Konsequenzen!

Bahnhöfe, zum Beispiel, sind für Frauen schon seit langem ein bekannter Angstraum. Das Innenministerium ist für polizeiliche Präventionskonzepte im gesamten Bundesland zuständig. Ich frage Sie: Wird bereits an einem solchen Konzept gearbeitet?

Und vor allem: Machen sie das alleine oder über die Grenzen der Ministerien hinweg zum Beispiel mit der zuständigen Ministerin für die Gleichstellung von Frauen? Frau Ministerin Steffens? Sind sie angesprochen worden? Passiert da etwas?

Und ganz konkret: Gab es für die Silvesternacht mit ihrer Terrorwarnung und ihrer erhöhten Gefährdungslage ein Präventionskonzept? Ich gebe einfach mal Ihre Antwort aus dem Innenausschuss von Montag weiter: Sie hatten kein Konzept! Sie hatten gar kein Konzept!

Oder... wie erklären Sie sonst, dass nur eine einzige Beamtin als Ansprechpartnerin zur Verfügung stand in der Silvesternacht, um bei ihr Übergriffe anzuzeigen?

Wie erklären Sie, dass den Frauen keine Betreuung zum Thema Traumabegleitung zur Verfügung gestanden hat?

Wie erklären Sie, dass sich die Frauen komplett von der Polizei im Stich gelassen fühlen? Von Ihnen im Stich gelassen fühlen?

Stattdessen hat die Politik gute Ratschläge: Frauen sollen von fremden Männern möglichst eine Armlänge Abstand halten. Wie abstrus das ist, wenn Opfer zu Verantwortlichen gemacht werden für ihr Leid, zeigt die Diskussion in den sozialen Medien, die unter dem Hashtag #einearmlaenge nachgelesen werden kann.

Jetzt werden plötzlich alle Politiker zu den großen Verteidigern der Frauen, jetzt wollen sich alle mehr um die Opferbelange kümmern... wie sehr sie sich um die Belange der Opfer sexualisierter



Gewalt kümmern, zeigt die aktuelle Finanzierung in relevanten Bereichen:

- Die Finanzierung für Frauenhäuser stellen Sie seit Jahren nicht auf ein sicheres und dauerhaftes Fundament,
- Opferberatungsstellen sind chronisch unterfinanziert,
- die Sensibilisierung von Polizeikräften für sexualisierte Gewalt - wieder ein Problem im Wirkungsbereich des Innenversagers - ist kaum bis gar nicht vorhanden und ein Fortbildungskonzept gibt es nicht, trotz grüner Genderregierung!

„Haben wir doch? Machen wir doch?“ - Die Straftaten von Köln werden zunächst eben nicht als sexualisierte Gewalt erkannt, Opfer bekommen stattdessen einen Handzettel zugesteckt, auf dem ihnen erklärt wird, wie sie ihr geklautes Handy sperren können. Das ist ein unmöglicher Zustand, den eine neue Ministerin oder ein neuer Minister sofort ändern muss!

Sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung! Jetzt brauchen wir eine Person auf dem Ministersessel, die Lösungen anbietet. Einen Scharfmacher, der Öl ins Feuer gießt kann NRW als Minister nicht gebrauchen.

Sie - Herr Minister - schaden aktiv den Integrationsbemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich zitiere Sie (aus dem Kölner Stadt-Anzeiger vom 04.01.2016): „Wir nehmen es nicht hin, dass sich nordafrikanische Männergruppen organisieren, um wehrlose Frauen mit dreisten sexuellen Attacken zu erniedrigen.“ - Wer mit solchen markigen Sprüchen die Debatte um sexualisierte Gewalt ethnisch konnotiert, ist sicherheitspolitisch der schlimmste Gefährder in diesem Land.

Unter uns wissenden weißen Männern:

Kennen Sie die Stellungnahmen unter dem Hashtag #ausnahmslos? Zur Aufklärung: Netzfrauen prangern in den sozialen Medien an, dass Sie sich nicht instrumentalisieren lassen zu so einer plumpen Ausländerhetze! Ich zitiere von der Webseite des Aufrufs: "Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich 'Anderen' sind!"

Egal wer der Angreifer ist oder woher er kommt - JEDER Übergriff einer zu viel! Für sexualisierte Übergriffe ist in unserem Land genauso wenig Platz wie für Rassismus.

Wenn wir nicht wollen, dass diese Diskussion den Rassisten in die Hände spielt, müssen wir in jedem Einzelfall - und ohne falsch verstandene politische Korrektheit - über die konkrete Tat und die konkreten Tatumstände reden.

Wir müssen über die Massenunterkünfte für Flüchtlinge reden, über die Situation der Frauen dort: Die fehlende Privatsphäre, die beengte Situation, die viel zu lange Unterbringung. Oder über das fehlende obligatorische Screening, dass besondere Bedarfe der Frauen wie psychische Erkrankungen oder Traumata aufdeckt - und die Weitergabe dieser Ergebnisse bei Zuweisung der Asylsuchenden an die Kommunen.

In der Vorlage 1641 beispielsweise teilt die Verwaltung schon Ende Mai 2015 auf Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln mit, dass die Landesregierung keinerlei Angaben bei der Übergabe der Menschen macht.



Vermutlich aber reden wir nicht nur über Flüchtlingsfrauen, wahrscheinlich reden wir hier eben auch über Männer aus anderen Ländern, die hier Schutz gesucht haben - und die sich jetzt an Frauen schuldig gemacht haben. Die sich gleichzeitig an anständigen Flüchtlingen schuldig gemacht haben.

Jetzt alle Flüchtlinge über einen Kamm zu scheren - auch rhetorisch durch die Diskussion über schnellere Ausweisung wie sie auch gestern im Bundestag geführt wurde - befördert die rassistische Spaltung in unserem Land.

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Wir unterstützen die Forderung der Feministinnen im Netz unter dem Hashtag #ausnahmslos! Die Opfer von Köln dürfen - bei allem Verständnis für ihr Leiden - nicht für rassistische Hetze oder Forderungen nach einer Verschärfung des Asylrechts mißbraucht werden.

Stattdessen zeigen die Vorfälle von Köln, dass wir stärkere Anstrengungen in der Integrationspolitik brauchen, wir brauchen Lösungen und keine Stigmatisierungen á la „nordafrikanische Männer begrabschen unsere deutschen Frauen“, Herr Kollege Jäger.

Perspektivlose Männer, die am gesellschaftlichen Rand stehen, zusammengepfercht in Massenunterkünften, versammeln sich auf der Domplatte, Geduldete, die keine Arbeitserlaubnis haben, die nichts zu verlieren haben. Sie werfen mit Feuerwerkskörpern in die Menge und - vermutlich - bedrängen sie Frauen bis hin zur Vergewaltigung.

Natürlich sind die Umstände keine Entschuldigung für sexualisierte Gewalt, aber wir als Politiker stehen in der Verantwortung, Rahmenbedingungen zu setzen die Chancen schaffen statt gesellschaftliche Teilhabe zu verhindern.

Wir stehen in der Verantwortung, Menschen die Möglichkeit zu eröffnen zu arbeiten, sich einzubringen – stattdessen verweigern viele Ausländerbehörden den Flüchtlingen Arbeitserlaubnisse.

Wir stehen in der Verantwortung Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Zeit sinnvoll zu nutzen - mit Sprachkursen, Lernorten, Literatur, der Teilhabe am kulturellen Leben. Nochmal und damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich will hier nichts schönreden und nichts verschweigen! Täter sind Täter und Opfer sind Opfer.

Wir stehen auch in der Verantwortung, dass die Taten umfassend aufgeklärt und die Täter bestraft werden. Ohne Ansehen der Herkunft, des Status oder des Alters.

Aber durch die Taten von Köln und die vorschnelle, populistische, falsche Reaktion und katastrophale Kommunikation der Politik wurde eben eine weitere Opfergruppe geschaffen: Die der rechtschaffenden, der wartenden, der integrationswilligen Flüchtlinge, die sich plötzlich wiederfinden in der Gruppe des bösen „Ausländers an sich“, der deutsche Frauen vergewaltigt und gegen den sich auf der Straße jetzt Bürgerwehren, Stadtschützer, Nachbarschaftswächter und der Mob formieren.

Wir brauchen Lösungen für diese Menschen und kein parteipolitisches Geplänkel, bis hin zu Untersuchungsausschüssen, nur um den Wahlkampf am köcheln zu halten, liebe CDU, liebe FDP.



Wer sich jetzt auch noch hinstellt und die Angriffe von Köln ausnutzen will, um parteipolitische Geländegewinne zu erzielen, wer eine „Kampf der Kulturen“-Rhetorik anwendet, der spielt damit den Idioten von AfD und Pegida in die Hände.

Zum Thema Untersuchungsausschuss sage ich Ihnen: Das Innenministerium hat anscheinend keinen Zugriff auf die untergeordneten Polizeibehörden.

In der Kommunikation zwischen Behördenaufsicht und Behördenleitungen herrscht Chaos. Das muss grundsätzlich aufgeklärt und untersucht werden. Die Polizei, das Innenministerium, ja die Landesregierung alleine werden dazu nicht fähig sein. Das waren sie in der Vergangenheit nicht. Das werden sie auch zukünftig nicht sein.

Die Ereignisse in Köln sind somit eine weitere logische Folge des Versagens dieses Innenministers und damit der gesamten Regierung Kraft.

Dieser Innenminister leitet nicht die Ordnungsbehörden in NRW, die Ordnungsbehörden und die Menschen in NRW leiden unter diesem Innenminister!

Herr Minister Jäger, Kulturkampf-Sprüche sind eines Parlaments und vor allem eines Innenministers unwürdig! Sie Herr Jäger haben die Vorgänge und die Opfer instrumentalisiert – Sie haben gespalten, statt zu verbinden! Sie, Herr Minister, sind dafür verantwortlich, dass Menschen in Köln heute sagen, sie hätten das Vertrauen in den Staat verloren und dass bei ihnen kein Sicherheitsgefühl mehr vorhanden ist.

Sie Herr Noch-Minister sind mit Ihren Äußerungen über „nordafrikanische Männergruppen“ mit dafür verantwortlich, dass Volksgruppen pauschal als Straftäter angesehen werden.

Sie Herr Immer-Noch-Minister sind dafür verantwortlich, dass die Menschen in den Flüchtlingsunterkünften neue Ängste haben. Ängste, pauschal diffamiert zu werden und hier nicht mehr willkommen zu sein.

Sie, Herr Jäger, sind eine Fehlbesetzung auf diesem Stuhl. Treten sie endlich zurück und machen Sie Lösungen Platz.

...und: Frau Ministerpräsidentin, wenn Herr Jäger nicht freiwillig geht: Die Bauern sind alle schon alle geopfert, bevor die Königin fällt, sollte sie ihren Springer vom Brett nehmen!2



Rede Dietmar Schulz, Rechtspolitischer Sprecher der Piratenfraktion NRW

Es gilt das gesprochene Wort.

[Anrede]

Wir in NRW, wir in Deutschland beklagen infolge der widerlichen Ereignisse in der Silvesternacht in Köln, Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg und an anderen Orten in Deutschland den Verlust des Sicherheitsgefühls der Menschen.

Die ist eine Folge falscher innerer Sicherheitspolitik und es stellt sich heute mehr denn je die Frage nach der politischen Verantwortung. Politische Verantwortung, die nicht die Polizeikräfte vor Ort zu tragen haben, die ihren Kopf hinhalten für das Organisationsverschulden der politischen Verantwortlichen. Politische Verantwortung für das Versagen in der Präventionspolitik genauso wie in der – nimmt man einmal die Gruppe von Tätern nichtdeutscher Herkunft exemplarisch zum Anlass – Integrationspolitik und nicht zuletzt in der Exekutive und insbesondere der Landesregierung NRW insgesamt.

Es gibt keine interministerielle Vernetzung. Es gibt keine ausreichende Grundlagenermittlungen, die dann durch Aus- und Fortbildung jener Exekutivkräfte wie der Polizei in den sicheren Stand versetzt, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Betrachten wir die Ereignisse in Köln der Silvesternacht, dann müssen die Menschen im Land einfach wissen, dass die Erkenntnisse, die dem Innenministerium über mögliche Gewaltszenarien, wie sie sich abgespielt haben, bereits seit Sommer 2015 bekannt waren.

Dies hat Innenminister Jäger einer Gruppe von Innenpolitikern des Landtags NRW bereits im Sommer 2015 unmittelbar vermittelt. Erkenntnisse, die dem Innenministerium durch das Bundeskriminalamt zugewachsen sind. Nicht neu ist das Phänomen, dass sich arabische Männer auf Massenveranstaltungen im öffentlichen Raum zu sog. „Belästigungen“ treffen. Das weiß das Innenministerium. Hier zentriert sich eine Erkenntnis- zur Gefahrenlage. Und dies hat das Innenministerium offenbar verschwiegen.

Handlungen und Konzeptentwicklung auf Basis dieser Erkenntnislage gab es offenbar nicht. Und was soll ich sagen: Auch nicht in Ansehung der rasanten Entwicklung der Zunahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, der Zunahme von Zuwanderung in Deutschland und besonders in NRW.

Sonst, sehr geehrte Damen und Herren, hätte auch die Kölner Polizei und hätten andere örtliche Polizeien möglicherweise entsprechend präventiv reagiert oder reagieren können.

Bauernopfer, Frau Ministerpräsidentin, wie sie von Ihrem Innenminister geradezu „heldenhaft“ vorgeführt werden, Beleidigungen einer „Kölner Polizei“ sind kontraproduktiv, zerstören das Vertrauen der Truppe in die Führungsstrukturen, verunsichern die Menschen und sind dilettantisch bis schädlich.

Sie sind – so wie die Versetzung eines Polizeipräsidenten in den einstweiligen Ruhestand – kein Ersatz für die EIGENE Übernahme politischer Verantwortung.



Sie sind ein fataler bis vorsätzlicher Versuch, von der eigenen Verantwortung für Organisations- und Exekutivverschulden und damit vor dem Versagen der eigenen Behörde abzulenken.

Wann, Herr Minister Jäger, stellen Sie sich eigentlich an ein Mikrofon und übernehmen selbst die politische Verantwortung für die Geschehnisse anstatt sich mit markigen Worten als Sheriff zu präsentieren und die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben, um später zurückzurudern?

Wann, Frau Ministerpräsidentin übernimmt Ihr Innenminister die Verantwortung für das desaströse Organisationsverschulden in den inzwischen mannigfaltigen Versagens-Szenarien rund um die operative und aufsichtsrechtliche Führung der Polizeien in NRW?

Und viel wichtiger, Frau Kraft:

Wann ziehen SIE die entsprechenden Konsequenzen und entlassen IHR eigenes Sicherheitsrisiko und das Sicherheitsrisiko für eine Vielzahl der Menschen in unserem Land?

Stattdessen – und das zeigt auch die heutige Debatte - werden Szenarien hergestellt, die es Ihrem vermeintlich „starken Mann“, dessen Bilanz eines „Learning by Doing“ erschreckend ist und die bis heute jeglichen Erfolg vermissen lässt, ermöglichen sollen, seine politische Verantwortlichkeit von sich zu weisen.

Und Sie unterstützen das auch noch durch öffentlichkeitswirksame Auftritte in Leitmedien.

Die Polizei ist schuld! Heißt es
Die Polizeiführung vor Ort ist schuld! schallt es aus dem Innenministerium.

Schändlich, Frau Ministerpräsidentin! Schändlich!

Die Menschen in diesem Land haben einen Anspruch darauf, nicht permanent Zeugen oder gar Spielball einer Kette von „Versuch und Irrtum“ der Exekutive werden. Inzwischen geht es gar an ihre körperliche Unversehrtheit in einem Maße, das erkennen lässt: „Diese Landesregierung verletzt in zahlreichen Positionen ihren Amtseid“ der einen Schutz eben jener Menschen mit einschließt.

Es war heute viel von Gesetzesänderungen zu hören, die nötig seien.

Es ist zwingend erforderlich, der Rechtsstaatlichkeit in diesem unseren Land wieder zu Geltung zu verhelfen. Es ist zwingend erforderlich, dem Gewaltmonopol des Staates auch in NRW wieder zu Geltung zu verhelfen.

Die Sicherheit im Land, auf den öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und in Verkehrsmitteln bedarf einer dringenden Stärkung. Sie kann ganz offensichtlich durch die hierfür zuständige verantwortliche Truppe der Exekutive – vorrangig das Innenministeriums NRW und diese Landesregierung – nicht mehr gewährleistet werden.

Die Kette des Versagens unter ihrer Ägide bricht nicht ab und das ist kein Pech, sondern Unvermögen.



Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem eine Bürgerwehr eine Wachablösung mit der Scharia-Polizei zelebriert.

Ich möchte nicht, dass mein Kind, dass die Kinder unserer Familien, dass Frauen und ihre Töchter sich nur noch durch warme Worte und Handzettel beschützt sehen, auf denen steht, dass sie nur noch in Begleitung ihnen vertrauter Menschen auf die Straßen gehen können oder wie sie ihre Telefone sperren können.

Die Piratenfraktion erwartet von einer Regierung Präventionskonzepte, die jenseits des Schürens von Fremdenhass liegen und die deutlich jenseits des Fischens am rechten Rand, auf den Minenfeldern des rechten Mobs von Pegida und AfD angesiedelt sind.

Die Piratenfraktion erwartet das Schließen der klaffenden Lücken zwischen geltendem Recht auf der einen Seite und seiner Durchsetzung und Durchsetzbarkeit auf der anderen Seite.

Es ist ein **SKANDAL**, wenn über 600 Strafanzeigen erst viele Tage, Wochen nach den Straftaten eingehen, weil der Staat seine Bürgerinnen und Bürger im Stich gelassen hat, als er gefordert war.

Es ist ein SKANDAL wenn die personelle Unterbesetzung auf einer seitens des Innenministeriums verschuldetem Fehlen einer hinreichenden Instruierung über das Gefährdungspotential in der Silvesternacht beruht.

Es ist eben jener SKANDAL, dass Täter nicht schon vor Ort dingfest gemacht werden können, weil die Opfer massenhaft sich selbst überlassen werden – wie in der Silvesternacht in Köln und anderswo.

Es ist ein SKANDAL, dass die Begehung von Straftaten aus demselben Grund nicht verhindert oder zumindest eingedämmt worden ist.

Die Sicherheit wird auch nicht durch ein MEHR an Videoüberwachung und das Aufhängen von mehr Kameras erzielt.

Ganz im Gegenteil: IHRE SICHERHEITSESOTHERIK aus Videoüberwachung und Pseudopräsenz hat die Lage noch verschlimmert.

Gerade in Köln am Hauptbahnhof und auf der Domplatte ist eine recht große Anzahl an Videokameras. Nicht eine einzige Straftat wurde durch deren Präsenz verhindert oder gar aufgeklärt.

Videoüberwachung wiegt die Bevölkerung in einer Art subjektiver Sicherheit, die tatsächlich keine Straftaten verhindert; schon gar nicht solche Straftaten, die im „Schutz“ von Gruppen oder großen Mengen von Umstehenden begangen werden und gerade mangels Polizeipräsenz vor Ort auch nur dann begangen werden können.

HOGESA Ende 2014, die unsägliche Existenz von „No-Go-Areas“ in ganz NRW und auch die Ereignisse der Silvesternacht sprechen da eine eindeutige Sprache.



WAS MUSS NOCH PASSIEREN, damit die Polizeiverantwortlichen, namentlich Ihr Innenminister an der Spitze und nicht zuletzt Sie selbst, Frau Kraft, Ihrer Verantwortung bewusst werden und den Weg frei machen für verantwortungsvolle Politik im Sicherheitsinteresse der Menschen NRWs?

Halten auch SIE eine „Armlänge Abstand“ von Gewalttätern, die zudem nicht erkennbar sind für ein valides Konzept für die bevorstehenden Karnevalstage?

Halten Sie die vorgreifliche Aufmerksamkeit und Obacht von potentiellen Opfern, namentlich von Frauen für ein Konzept der inneren Sicherheit?

Ich hoffe nicht! Sie bereiten damit einer Umkehr der Opfer-Täter-Relation Vorschub, die unerträglich ist und einer Kapitulationserklärung des Rechtsstaats gleichkommt.

Und NEIN! Auch eine Obergrenze in der Zuwanderung durch Asylbewerberinnen und Asylbewerber ist keine Lösung; und da spreche ich die SPD genauso an, wie die mit ihr koalierenden Grünen und die CDU.

Die Bundesrepublik steht in der historischen Verantwortung aus den schrecklichen Ereignissen des 2. Weltkrieges. Und ich hoffe diesen Landtag dazu nach wie vor in einem eindeutigen Konsens! Und aus gutem Grund sieht das hierauf fußende GRUNDGESETZ eine solche Obergrenze für aufzunehmende Flüchtlinge und Asylbewerber als Grundverständnis unserer Wertegemeinschaft auch im europäischen Kontext nicht vor.

Sie wäre überdies menschenrechtswidrig sowohl nach der Genfer Flüchtlingskonvention als auch nach der Europäischen Menschenrechts-Charta.

Jede Instrumentalisierung der Ereignisse von Köln und anderer Großstädte in der Silvesternacht für eine weitere Verschärfung des Asylrechts wäre ein Missbrauch jener historischen Verantwortung und überdies eine Verhöhnung der Opfer.

Es würde überdies diejenigen Flüchtlinge gleichermaßen treffen, die einem solchermaßen manifestierten Staatsversagen hilflos ausgeliefert sind.

Jeder von Neo-Nazis und sonstigem rechtsradikalen Gesindel in Ausübung von Selbst- oder gar Lynchjustiz auf Deutschlands Straßen gejagte und teilweise krankenhausaufgeschlagene Ausländer, jeder traktierte Flüchtling, jede brennende Asylbewerberunterkunft sind WECKRUF, dem die politisch Verantwortlichen mit der Härte des Gesetzes zu begegnen haben; präventiv und sanktionierend.

Dies setzt aber ein funktionierendes System des staatlichen Gewaltmonopols voraus. Und dieses hat schon bei „HOGESA“ und auch in der Silvesternacht versagt.

Die Landesregierung steht in der Verantwortung, endlich das Vertrauen in den Rechtsstaat und die innere Sicherheit zurückzugewinnen.

Das Sicherheitsempfinden der Menschen ist auf dem Nullpunkt angelangt.



Diese Situation wird von Eiferern für Fremdenhass missbraucht. Nicht nur dies, sondern Regierungsparteien liefern die Blaupausen und Vorlagen für die ausländerfeindlichen Parolen, die auf den Plätzen unserer Republik beinahe täglich in widerwärtiger Weise das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland weltweit beschmutzen.

Und in dasselbe HORN bläst Ihr Innenminister, Frau Ministerpräsidentin.
„Wir nehmen es nicht hin, dass sich nordafrikanische Männergruppen organisieren, um wehrlose Frauen mit dreisten sexuellen Attacken zu erniedrigen.“

In dieses Horn bläst auch ein Bundesjustizminister, der vor dem Hintergrund der Straftaten von Silvester eine verschärfte Abschiebungs- und Ausweisungspraxis VERURTEILTER STRAFTÄTER fordert.

In dasselbe Horn bläst jeder, der sich in diesen LANDTAG oder wie gestern in den Bundestag stellt und eine „Verschärfung des Asylrechts“ fordert.

Zur Wahrheit gehört dazu, dass die Notwendigkeit der Habhaftwerdung solcher Täter und deren Verurteilung die Voraussetzung wäre.

Wir brauchen keine LEX COLONIA im Asylrecht. Wir brauchen keine Verschärfung der Ausweisungs- oder Abschiebep Praxis bzgl. irgendwann einmal vielleicht verurteilter ausländischer Straftäter.

Wir haben noch nicht mal die Situation, dass wir, d.h. der Staat jener Täter habhaft werden kann.

Zu dünn ist die Polizeipräsenz.

Zu banal präsentiert sich der Staat in Form der Polizei, die sogar laut Polizeigewerkschaftlern hoffnungslos personell unterbesetzt ist.

Und so ist es nachgerade unerträglich, wenn der SPD-Justizminister Maas auf dem Rücken der Opfer von Köln nunmehr glaubt, endlich ein Vehikel für die Verschärfung des Sexualstrafrechts gefunden zu haben und dies gleichzeitig mit der Notwendigkeit der Verschärfung von Ausweisungs- und Abschiebungsmethodik konnotiert.

Straftäter ist Straftäter, meine Damen und Herren.

Egal ob Flüchtling, Asylbewerber, Menschen mit deutscher oder fremder Staatsangehörigkeit oder Staatenlose wie in der Nachkriegszeit.

Straftäter sind auch die, die den Selbstjustizmob bilden.

Straftäter sind auch die Hetzer, die sich täglich immer massiver zusammenrotten.

Unsere Werteordnung steht vor allem auch durch die massive Gewalt von RECHTS unter Druck und ist einer täglich steigenden Gefahr ausgesetzt, die Sie nicht mehr zu beherrschen scheinen.

Da nützt kein Internet-Leuchtturmprojekt Ihres Justizministers, der das mit Ralf Jäger ausruft. Da sind Sie, da ist und bleibt die Landesregierung weiterhin 2. Sieger.



Es sei so, dass es Lücken im Sexualstrafrecht gibt. Diese Diskussion wird auf fachlicher und wissenschaftlicher sowie der Ebene der Praktiker in Soziologie und Justiz seit vielen Jahren geführt. Diese Diskussion ist nicht erst jetzt entstanden.

Die Instrumentalisierung der Ereignisse von Köln macht diese Diskussion jedoch aktuell fadenscheinig.

Seit Jahren ist die Ratifizierung der „Istanbuler-Konvention“ überfällig. DIE europaweite Vereinbarung zum Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt.

Deutschland hat sie nicht umgesetzt! Und Sie, sehr geehrte Damen und Herren von SPD und CDU hätten vermittels Ihres Einflusses im Bund LÄNGST dafür sorgen können.

Ein „Nein“ von Frauen muss ein „Nein“ sein. Bisher setzt das Gesetz voraus, dass immer Gewalt im Spiel ist. Aber selbst eine Umsetzung der Istanbuler Konvention zum Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt hätte in der Silvesternacht in Köln keine einzige Straftat verhindert.

Was also nützt die Ratifizierung von Gesetzen, wenn deren Umsetzung fraglich bleibt? Nichts!

Ich sage Ihnen: Es geht hier nicht nur um Defizite der Legislative, sondern in Rede steht das Totalversagen der Exekutive. Das Abschreckungspotential von Gesetzen versagt dort, wo ihre Durchsetzung sträflich vernachlässigt wird.

Wir brauchen daher in erster Linie keine grundlegende Verschärfung der Strafgesetzgebung, so begrüßenswert die Schließung von Lücken im Sexualstrafrecht auch ist, sondern vor allem eine Stärkung der Exekutive, die diesen Gesetzen dann auch Geltung verschaffen können muss.

Dasselbe gilt für die Asylgesetzgebung. Das deutsche Asylrecht muss auch umgesetzt werden. Hier krankt das deutsche Verwaltungssystem an allen Ecken und Enden. Asylverfahren dauern 2 Jahre und länger. In dieser Zeit fristen die betroffenen Menschen in Deutschland ein Dasein ohne jegliche Perspektive oder gar Integration!

Da liegt der Hund begraben. Das haben Sie, die Sie in Regierungsverantwortung im Land und im Bund sitzen zu verantworten.

Wo und wann hat sich eigentlich ihr neuer INTEGRATIONSMINISTER Schmelzer in die Debatte eingemischt? Ich habe dazu noch nichts vernommen!

Integration ist eine staatliche Aufgabe vom ersten Tag an!

Und das gehört zur Wahrheit dazu. SAGEN SIE den Menschen, dass Sie keine Konzepte haben; weder in der Asylpolitik bzw. der Umsetzung einer integrationspolitisch sinnvollen Flüchtlingspolitik noch in der sinnvollen und zweckorientierten Umsetzung auch eines international anerkannten Sexualstrafrechts.

Sagen Sie den Menschen, dass die Polizei hoffnungslos unterbesetzt ist und dass jährlich mindestens 2000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte fehlen.



Sagen Sie den Menschen, dass Sie zwar bemüht sind, ihnen Schutz zu bieten, aber es versäumt haben, die Zeichen des demographischen Wandels zu erkennen und gegenzusteuern.

Ziehen Sie endlich die Notbremse und sorgen für einen interdisziplinären und interministeriellen KONKURS um die Probleme im Land zu lösen, anstatt den Lösungen hilflos und planlos hinterherzulaufen.

Denn das beste und menschenrechtskonformste Asylrecht der Welt, das beste Strafrecht der Welt greift nicht, wenn die Exekutive versagt.

Angefangen bei der Justizgewährungspflicht des Staates in Umsetzung des Rechtsstaatsprinzips und nicht zuletzt in der Umsetzung des Gewaltmonopols des Staates.

Das, Frau Kraft, haben Sie für NRW... das hat insbesondere auch Ihr Innenminister zu verantworten. Schluss mit scheinheiligen Debatten! Schluss mit öffentlich zur Schau getragenen Betroffenheitsarien. Schluss mit der Selbstbeweihräucherung etablierter und zudem in Regierungsverantwortung stehender Politik. Was her muss, ist Handlungskompetenz. Diese fehlt auf dem in dieser Debatte ausgetragenen Feld in NRW gänzlich.

Frau Kraft, walten Sie Ihres Amtes! Üben Sie Regierungsverantwortung aus und komplettieren die Kabinettsumbildung, die Sie im Sommer begonnen haben! Werden Sie Ihrem Amtseid endlich gerecht und schützen die Bürgerinnen und Bürger des Landes NRW! Frau Ministerpräsidentin, es ist nicht davon auszugehen, dass Ihr Innenminister selbst den Hut nimmt.

Sollten Sie sich daher nicht selbst zum personifizierten Sicherheitsrisiko für NRW entpuppten wollen, sollten Sie ihm den Hut in die Hand geben. Die Zeit des Trial & Error ... die Zeit des „Learning by Doing“ ist vorbei.

Sämtliche Schonfristen für Ihre Exekutive sind abgelaufen.

Jeglicher Bonus einschließlich eines etwaigen Amtsbonus ist verbraucht.

Entlassen Sie Ihren Innenminister, wenn dieser schon nicht selbst das Rückgrat besitzt, für die in seinem Verantwortungsbereich liegenden Versäumnisse die politische Verantwortung konsequent zu tragen und den Weg frei zu machen für eine Rückgewinnung von Vertrauen in den Rechtsstaat.